



VORLAGE 16/14916 A07/1

26. März 2017 Seite 1 von 1

Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen Platz des Landtags 1 40221 Düsseldorf

Aktenzeichen
I C 2 – P – 2 – 2 – 2 – 2
bei Antwort bitte angeben

Julia Susek Telefon (0211) 4972 - 2321

Vorlage an den Unterausschuss Personal des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtags Nordrhein-Westfalen

TOP 5: Entwicklung der Dienstaufsichtsbeschwerden in den Ressorts

65. Sitzung des Unterausschusses Personal des Haushalts- und Finanzausschusses am 28.03.2017

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin,

als Anlagen übersende ich Abdrucke dieses Schreibens und meiner Vorlage an den Unterausschuss Personal des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtags vom heutigen Tage mit der Bitte, die Abdrucke an die Mitglieder des vorgenannten Ausschusses weiterzuleiten.

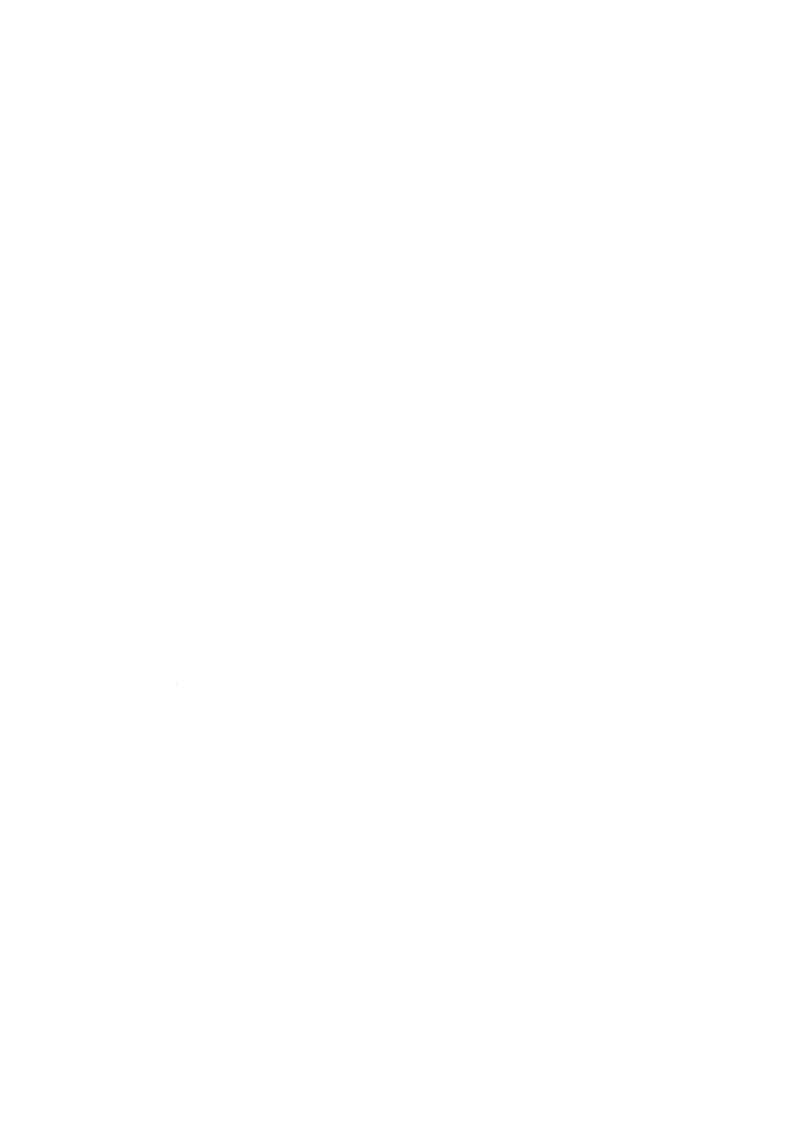
Mit freundlichen Grüßen

MM Lala-Jujaun Dr. Norbert Walter-Borjans

Anlagen: 41 Abdrucke

Dienstgebäude und Lieferanschrift: Jägerhofstr. 6 40479 Düsseldorf Telefon (0211) 4972-0 Telefax (0211) 4972-2750 Poststelle@fm.nrw.de www.fm.nrw.de

Öffentliche Verkehrsmittel: U74 bis U79 Haltestelle Heinrich Heine Allee



Finanzministerium
des Landes Nordrhein-Westfalen
Der Minister



26. März 2017 Seite 1 von 3

Aktenzeichen
I C 2 – P - 2 – 2 – 2 - 2
bei Antwort bitte angeben

Vorlage an den Unterausschuss Personal des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtags Nordrhein-Westfalen

Julia Susek Telefon (0211) 4972 – 2321

65. Sitzung des Unterausschusses Personal des Haushalts- und Finanzausschusses am 28.03.2017

TOP 5: Entwicklung der Dienstaufsichtsbeschwerden in den Ressorts

Anlagen: 2 Tabellen

Mit der Vorlage 16/4770 wurde zur 63. Sitzung des Unterausschusses Personal des Haushalts- und Finanzausschusses am 14.02.2017 ein Bericht über die Entwicklung der Dienstaufsichtsbeschwerden in den Ressorts vorgelegt. Herr Ralf Witzel, MdL, hat um Ergänzung der in diesem Bericht fehlenden Daten gebeten.

Es handelt sich hierbei um folgende Informationen:

Ressort	Fehlende Daten
MIK	Angaben zum Polizeibereich und zu Entscheidungen
JM	Angaben für die Justizvollzugsanstalten und zu Entscheidungen und Rechtsmitteln
MSW	Angaben zum nachgeordneten Bereich und zu Entscheidungen und Rechtsmitteln
MWEIMH	Angaben für 2010 und 2011

Die mit der Vorlage 16/4770 vorgelegten Tabellen wurden aktualisiert und sind als Anlagen 1 und 2 beigefügt. Hierzu ergeben sich folgende Anmerkungen:

Dienstgebäude und Lieferanschrift: Jägerhofstr. 6 40479 Düsseldorf Telefon (0211) 4972-0 Telefax (0211) 4972-2750 Poststelle@fm.nrw.de www.fm.nrw.de

Öffentliche Verkehrsmittel: U74 bis U79 Haltestelle Heinrich Heine Allee

Ministerium für Inneres und Kommunales:

Die Angaben in den Anlagen wurden aus folgenden Gründen aktualisiert:

- Eine Behörde hat ihre Angaben zur Anzahl der Dienstaufsichtsbeschwerden verändert.
- Die Frage zu eingelegten Rechtsmitteln wurde durch den abgefragten nachgeordneten Bereich anders interpretiert. Rechtsmittel sind nicht eingelegt worden.

Polizeibereich:

Für den Polizeibereich können nur Zahlen für das Jahr 2015 zur Verfügung gestellt werden. Landeseinheitliche Rahmenvorgaben zur Bearbeitung und Erfassung von Beschwerden und Eingaben im Bereich der Polizei sind im November 2010 für das Jahr 2011 in Kraft getreten. Erstmalig für das Jahr 2015 erfolgte eine Aufschlüsselung der Beschwerden differenziert nach Fach- und Dienstaufsichtsbeschwerden (Gesamtzahl der Dienstaufsichtsbeschwerden in 2015: 2.598). Hierbei ist zu berücksichtigen, dass ein Vorgang, bei dem sowohl die Fach- als auch die Dienstaufsicht betroffen ist, dem überwiegend betroffenen Bereich zugeordnet wird. Angaben zu den Entscheidungen im Sinne der Anlage 2 liegen nicht vor.

Für das Jahr 2016 wird die Anzahl der Dienstaufsichtsbeschwerden im Rahmen der landesweiten Abfrage zur Erstellung des Beschwerdeberichtes 2016 im Frühjahr 2017 erhoben. Es liegen somit noch keine Daten vor.

Justizministerium:

Die wesentlichen Daten – nämlich die Anzahl der Dienstaufsichtsbeschwerden im Geschäftsbereich des Justizministeriums - wurden bereits mitgeteilt.

Zur vollständigen Beantwortung aller Einzelfragen müssten die Gerichte, Staatsanwaltschaften und Justizvollzugsanstalten des Geschäftsbereichs mangels einer IT-basierten Erfassung auf eine manuelle Auszählungsweise zurückgreifen. Diese Aufgabe könnte angesichts begrenzter Personalressourcen nicht durch ersatzlose Freistellung von sukzessive neben Personal. sondern nur dem Geschäftsbetrieb bewältigt werden. Insofern lässt sich von einer verwaltungstechnischen "Herkulesaufgabe" sprechen, die über Monate hinweg Personalkapazitäten binden und ggf. sogar zum Aufschub von gegenüber Bürgerinnen und Bürgern bestehenden Pflichtaufgaben zwingen würde.

Für den Vollzugsbereich erfolgt keine datenmäßige Erfassung von als Dienstaufsichtsbeschwerde bezeichneten oder als solche zu wertenden Eingaben von Gefangenen oder deren Angehörigen. Insofern müsste jede zwischen den Jahren 2010 und 2016 geführte Gefangenenpersonalakte durchgesehen und eine manuelle Bewertung und Zählung von Eingaben vorgenommen werden. Mithin wären dazu rund 220.000 Gefangenenpersonalakten durchzusehen. Die Daten wären dennoch unvollständig, da ein nicht unerheblicher Teil von Akten aufgrund von Entlassungen oder Verlegungen von Gefangenen nicht mehr vorhanden sein dürfte.

Ministerium für Schule und Weiterbildung - Lehrerbereich:

Bezüglich der gemeldeten Daten über Dienstaufsichtsbeschwerden gegen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ministeriums für Schule und Weiterbildung wird ergänzt, dass alle 9 Beschwerden zurückgewiesen wurden.

Im Übrigen muss es für den nachgeordneten Bereich bei der bisher gegeben Antwort bleiben. Eine Durchsicht von über 200.000 Personalakten der Lehrkräfte und des im nachgeordneten Bereich tätigen weiteren Personals, soweit es sich nicht um Personal der oberen Schulaufsicht handelt, kann mit keinem vertretbaren Aufwand durch die betroffenen Behörden oder seitens des MSW durchgeführt werden.

Ministerium für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk: Die Daten für die Jahre 2010 und 2011 konnten zwischenzeitlich erhoben werden und ergeben sich aus den Anlagen.

MM Lala-Aujau Dr. Norbert Walter-Borjans

Entwicklung der Dienstaufsichtsbeschwerden in den Ressorts

Einzel- plan	Ressort	Anzahl Dienstaufsichtsbeschwerden								
		2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	Gesamt	
02	StK	1	1	0	0	0	1	1	4	
03	MIK*	47	62	69	53	54	2.644	58	2.987	
04	JM*	5.953	5.893	5.241	5.230	5.920	5.958	5.422	39.617	
05	MSW*	2	1	1	1	0	2	2	9	
06	MIWF	2	1	2	1	0	1	0	7	
07	MFKJKS	0	0	0	0	0	0	0	0	
09	MBWSV*	3	11	5	9	13	16	8	65	
10	MKULNV	4	9	3	7	18	6	6	53	
11	MAIS	3	0	0	1	1	0	1	6	
12	FM	124	129	163	187	234	231	259	1.327	
14	MWEIMH	0	2	3	1	0	0	2	8	
15	MGEPA	0	1	2	1	3	3	1	11	
Summen		6.139	6.110	5.489	5.491	6.243	8.862	5.760	44.094	

*Anmerkungen:

MIK: Angaben für den Polizeibereich sind nur für 2015 möglich

JM: keine Angaben für die Justizvollzugsanstalten möglich

MSW: nur Ministerium, keine Angaben zum nachgeordneten Bereich möglich

MBWSV: wegen Umressortierung beziehen sich die Daten für 2010 und 2011 nur auf den Landesbetrieb

Entscheidungen über Dienstaufsichtsbeschwerden in den Ressorts

Einzel- plan	Ressort	Anzahl Dienstaufsichts- beschwerden 2010 - 2016	Abgeschlossene Verfahren		Rechtsmittel			
				Zurückweisung	Einleitung Disziplinarverfahren	sonstige Maßnahmen**	insgesamt	davon erfolgreich
02	StK	4	4	4	0	0	0	0
03	MIK*	2.987	351	-	-	_	0	0
04	JM*	39.617	-	-	0	-	_	-
05	MSW*	9	9	9	0	0	0	0
06	MIWF	7	7	7	0	0	0	0
07	MFKJKS	0	0	0	0	0	0	0
09	MBWSV*	65	64	51	0	13	0	0
10	MKULNV	53	49	43	1	5	0	0
11	MAIS	6	5	5	0	0	0	0
12	FM	1.327	1.318	1.290	3	25	0	0
14	MWEIMH	8	8	8	0	0	0	0
15	MGEPA	11	10	10	0	0	0	0
Summen		44.094	1.825	1.427	4	43	0	0

*Anmerkungen:

MIK: für den Polizeibereich keine Angaben zu Entscheidungen und Anzahl der abgeschlossenen Verfahren möglich

JM: keine Angaben für die Justizvollzugsanstalten und zu Entscheidungen und Rechtsmitteln möglich

MSW: Nur Ministerium, keine Angaben zum nachgeordneten Bereich möglich

MBWSV: wegen Umressortierung beziehen sich die Daten für 2010 und 2011 nur auf den Landesbetrieb

^{**}unter sonstige Maßnahmen fallen z.B.: Kritikgespräche, Ermahnungen, Abmahnungen, schriftliche Missbilligungen, Einleitungen arbeitsrechtlicher Verfahren etc.